

Positionspapier

«Arm mit Arbeit, arm ohne Arbeit in Speyer – was tun !?!»



Inhalt

- I. Gute Arbeit für alle ist das beste Mittel zur Armutsbekämpfung
- II. Lagebericht zur Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Erwerbsarmut in Speyer
- III. Steuerungsmöglichkeiten und Instrumente für eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik in Speyer

*Und doch ist es die Arbeit, ob man sie hat oder nicht,
ob gesichert oder prekär, auf der heute nach wie vor
das Schicksal der großen Mehrheit beruht.*

Robert Castel, Die Krise der Arbeit 2009

I. Gute Arbeit für alle ist das beste Mittel zur Armutsbekämpfung

Arbeit ist ein Grundrecht und für die meisten elementare Voraussetzung für ein würdiges Leben. Wie steht es um die Chancengleichheit und die Möglichkeiten, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu sichern? Arbeit muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und darf nicht zu Armut führen. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung – mit einem hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit, dem Anwachsen des Niedriglohnssektors, der Altersarmut und steigenden Gesundheitskosten – schränkt allerdings die Teilhabemöglichkeiten einkommensschwacher Haushalte ein.

Die Zunahme atypischer, prekärer Beschäftigung ist die Folge der Flexibilisierung der Arbeitsmarktpolitik, nach Einschätzung des Sozialverbandes Deutschland e. v. im europäischen Vergleich «einer der größten und am schnellsten gewachsenen Kombilohnsektoren zu Lasten der Steuerzahler». Ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens wird als prekäre Beschäftigung (Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeit, AufstockerInnen, Solo-Selbständige) erbracht. Trotz günstiger Wirtschaftsentwicklung ist die Armutsentwicklung nicht rückläufig. Die Forderung nach einem öffentlich geförderten «sozialen Arbeitsmarkt», um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, wird zwar von vielen Seiten erhoben (u.a. Deutscher Städtetag, «Öffentlich geförderte Beschäftigung – Teilhabe am Arbeitsmarkt» 2013), vom Bund bislang aber nicht eingelöst.

«Die Arbeitslosigkeit und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr hoch und mit ihr die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung», so Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles beim Treffen der europäischen Arbeits- und SozialministerInnen im Juni 2014.

II. Lagebericht zur Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Erwerbsarmut in Speyer

Aktuelle Informationen zur Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Erwerbsarmut in Speyer (ca. 50.000 Menschen in 25.000 Haushalten) liefern die Beschäftigten-, Arbeitslosen-, Grundsicherungs- und Förderstatistiken der Bundesagentur für Arbeit:

- **Beschäftigungsvolumen in Speyer:** Ende 2013 sind in Speyer 26.545 sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 7.762 (29,2 %) in Teilzeit; 18.394 (70 %) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wohnen in Speyer, 10 % sind AusländerInnen. Gewerbesteuer bezahlen im Jahr 2013 773 Betriebe in Speyer, davon 157 Handwerksbetriebe, 38 Industriebetriebe, 56 Groß- und Einzelhandelsbetriebe, 65 Gaststätten und Hotels.
- Die berufsfachliche Zuordnung der 26.545 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt das besondere **Berufs- und Wirtschaftsprofil Speyers:** ca. 3.900 in Maschinenbau und Metallberufen, knapp 3.000 im Büro- und Sekretariatsbereich, 2.500 in Gesundheits- und Pflegeberufen, 1.800 in Verkehr und Logistik, 1.200 in Erziehungsberufen, fast 1.100 im Bereich Finanzdienstleistungen und Steuerberatung, über 900 im Bereich Unternehmensführung und –organisation (von Vorständen und Management bis zu BetriebswirtInnen, IngenieurInnen und AssistentInnen), 600 in der Gastronomie und im Tourismus, 600 in Rechts- und Verwaltungsberufen und mehr als 500 Lehrende und AusbilderInnen.
- 6.036 der Beschäftigten in Speyer sind Ende 2013 **geringfügig entlohnte Beschäftigte** (Minijobs, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung 450 € im Monat nicht übersteigt) – 3.750 ausschließlich und 2.286 im Nebenjob, 2/3 davon Frauen; der größte Teil von ihnen arbeitet im Bereich Verkehr/Lager (760), in der Gastronomie/Hotellerie (757), in Reinigungsberufen (711), in Verkaufsberufen/Einzelhandel (711), in der Unternehmensführung/-organisation (709), im Bürobereich (659) und in Med. Gesundheitsberufen (300).
- **Zeitarbeit** hat zum Ziel, den Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen entgegen zu kommen. Ende 2013 waren in Speyer 2.095 bzw. 7,9 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als ZeitarbeiterInnen beschäftigt (landesweit nur 2,3 %). Die Zeitarbeitsbranche ist durch eine hohe Dynamik und vergleichsweise kurze Beschäftigungsdauern gekennzeichnet (im bundesweiten Mittel nur drei Monate); fast die Hälfte des Arbeitsplatzzuwachses in Speyer im Jahr 2013 (441 von 1.018) war Zeitarbeit (das gemeinnützige Zeitarbeitsunternehmen GABIS in Speyer bietet Zeitarbeit zu Konditionen des «equal pay» an).
- Im Juli 2014 suchen 2.943 Menschen in Speyer Arbeit, 1.724 sind arbeitslos. Die **Arbeitslosenquote** liegt bei 7,2%, die Unterbeschäftigungsquote bei 8,4 %. 42,5 % sind Langzeitarbeitslose, 24,8 % sind AusländerInnen. 1.215 sind im Rechtskreis SGB II (Hartz IV), 509 im SGB III (mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I). Die Jugendarbeitslosenquote (15 bis 24 Jahre) liegt bei 5,9 %.
- Im März 2014 leben in Speyer 3.546 Personen in 1.890 **Bedarfsgemeinschaften mit Grundsicherungsleistungen** nach dem SGB II (Hartz IV); das sind 8,9 % der Speyerer Bevölkerung, bei AusländerInnen ist der Anteil fast doppelt so hoch. 55 % sind Single-Haushalte. 377 (20 %) der Bedarfsgemeinschaften sind allein erziehend.
- Im März 2014 sind 795 Erwerbstätige im SGB II-Leistungsbezug als **«Aufstocker»**, die wegen ihres unzureichenden Erwerbseinkommens zusätzlich SGB II-Leistungen erhalten. Das sind 37 % der (2.179) Personen mit verfügbarem Einkommen im SGB II-Bezug, das zur Existenzsicherung nicht ausreicht (entspricht der Bundes- und Landesquote). Die Gründe sind vielfältig: Familie zu groß, Wohnung zu teuer, zu wenig Arbeit, Einkommen zu niedrig oder eine Kombination dieser Faktoren. 2/3 der AufstockerInnen haben nach einer bundesweiten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB-Kurzbericht 14/2013) Stundenlöhne unter 7,50 €, von denen viele trotz Mindestlohn von 8,50 € wohl nicht ohne SGB II-Leistungen auskommen werden.

Das ist eine aktuelle Momentaufnahme. Sie ersetzt keinen kommunalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht oder ein laufendes Arbeitsmarktmonitoring. Sie gibt noch keine hinreichenden Antworten auf Schlüsselfragen: Wie sieht die Entwicklung prekärer Beschäftigung, der Niedriglohnentwicklung und die damit verbundene Armutsentwicklung in Speyer aus? Welche Konzeption und Steuerungsinstrumente hat die Stadt? Wer fördert existenzsichernde Arbeit in Speyer für wen und wo, wer nicht? Wie sieht es mit Befristung von Arbeitsverhältnissen aus, wie mit Übernahmen in unbefristete Arbeitsverhältnisse? Wer ist davon in erster Linie betroffen? Wie steht es um die Zukunft von Normalarbeitsverhältnissen?

III. Steuerungsmöglichkeiten und Instrumente für eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik in Speyer

Mit dem hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit und Erwerbsarmut in Speyer gibt es ein beachtliches Potenzial an Arbeitskräfteressourcen, das bislang wenig nachgefragt, wenig gefördert wird und sich an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt sieht.

Prekäre Beschäftigung in Speyer hat ein beachtliches Ausmaß: 7.800 Menschen sind teilzeitbeschäftigt, knapp 4.000 (oder jede/r siebte) ausschließlich in Mini-Jobs, rund 2.000 in Zeitarbeit und 800 AufstockerInnen. Prekäre Beschäftigung ist dabei vor allem Frauensache. Die demografische, politische und wirtschaftliche Entwicklung lässt hier allerdings keine Trendwende in Richtung von mehr Normalarbeitsverhältnissen mit vollständiger Integration in die sozialen Sicherungssysteme erwarten.

Gefordert sind aus Sicht des Sozialbündnisses eigene Aktivitäten vor Ort. Eine Stadt sollte sich verpflichtet fühlen dafür zu sorgen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger eine angemessene und existenzsichernde Arbeit haben bzw. finden. Die Stadt Speyer hat – trotz schwieriger Haushaltslage und der vorrangigen Zuständigkeit des Bundes und Landes bei der Arbeitsförderung – Gestaltungsmöglichkeiten bei ihrer lokalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

Instrumente einer aktiven lokalen Arbeitsmarktpolitik, die zum Teil mit Erfolg in anderen Städten zum Einsatz kommen und sich zur Nachahmung in Speyer empfehlen – **Zehn-Punkte-Programm**:

1. *Wissen, was Sache ist*

Systematische Bestandsaufnahme zur Lebens- und Arbeitssituation arbeitsloser und prekär beschäftigter Menschen mit dem praktischen Ziel, ihre Lage konkret zu verbessern und sich dabei an ihren Interessen, Fähigkeiten und Kompetenzen, ihrem Sozialraum und nachbarschaftlich-familiären Umfeld auszurichten (am besten als lfd. kommunales Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialmonitoring)

2. *Wissen, was möglich ist*

Bedarfsgerechter Einsatz und individuelle Anpassung der Arbeitsmarktinstrumente der Arbeitsagentur und des Jobcenters für die Beschäftigung und Qualifizierung von Menschen mit einem besonderen Integrationsbedarf in den Arbeitsmarkt: (Langzeit-)Arbeitslose, AufstockerInnen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsbiografie, junge Menschen mit ungünstiger Bildungs- und Beschäftigungsperspektive, ältere ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, Menschen mit

Beeinträchtigung (für Letztere z. B. durch von der Arbeitsverwaltung geförderte «Unterstützte Beschäftigung» oder Integrationsbetriebe); Anwendung des sog. «Passiv-Aktiv-Transfers» (Geldleistungen im Hartz IV-System in öffentlich geförderte Arbeitsplätze investieren)

3. *Geschlechtsspezifische Benachteiligung abbauen*

Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit familiengerechten Arbeitszeitmodellen und einer lebensphasenorientierten Personalpolitik, die auf die Lebens- und Familienplanung der MitarbeiterInnen Rücksicht nimmt; «Equal Pay» für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Tätigkeit; weiterer Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuung, insbesondere in Randzeiten

4. *Beschäftigung mit Stadtentwicklung koppeln*

Beschäftigungswirksame Entwicklungskonzepte für Konversionsflächen und Soziale-Stadt-Gebiete (z. B. stadtteilbezogene Sanierungsprogramme oder Grün- und Freiflächengestaltung über das ESF-Programm «Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ» oder andere Förderprogramme) mit attraktiver Funktionsmischung aus Arbeit, Wohnen, Kultur, Sport und Grün für die Entwicklungsgebiete; mit ansiedlungswilligen Unternehmen in den Dialog gehen, ob und in welchem Umfang sie bereit sind, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen eine Chance für eine bessere Beschäftigung zu geben

5. *Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit organisieren*

Schaffung von mehr **Arbeitsplätzen im gemeinwohlorientierten und ökologischen Sektor** (z. B. «Essbare Stadt», «Urbanes Gärtnern», Beschäftigung und Ausbildung im Fair Trade-Bereich, nachdem Speyer am 29.09.2013 «FairTradeStadt» geworden ist); Förderung genossenschaftlicher Arbeitsprojekte (z. B. als Modellvorhaben nach den neuen Förderrichtlinien in Rheinland-Pfalz); Dienstleistungen rund ums Haus für eine angemessene Lebensqualität zu Hause (mehr hauswirtschaftliche Dienste, Alltagsbegleitung, Assistenz nach Bedarf, Wohnraumanpassung); zwischenmenschliche «Für-Sorge-Arbeit» («Care»-Arbeiten in einem zeitlich und finanziell abgesicherten Rahmen) jenseits der Profitlogik mit einer Vielfalt von Sorge-Arrangements; Stärkung einer kleinteiligen Gewerbe-, Laden- und Kulturinfrastruktur in den Zentren der Stadtteile

6. *Arbeit Existenz sichernd ausgestalten*

Umwandlung von Minijobs, vor allem von AufstockerInnen mit ALG II-Bezug, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (nach dem Vorbild des erfolgreichen Modellprojektes in vier Jobcentern in NRW 2012-2013 mit Vorteilen für alle Beteiligten) bietet vor allem für Frauen die Möglichkeit zu einer existenzsichernden Altersversorgung, da Minijobs das Hauptrisiko für Altersarmut sind

7. *Öffentliche Auftragsvergabe nachhaltig ausrichten*

Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten, ökologische und soziale Belange berücksichtigen und bereit sind, (Langzeit-)Arbeitslose und andere am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen zu beschäftigen und zu qualifizieren (Umsetzung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts von 2009 in Speyer: «FAIRgabe – für eine faire, ökologische und soziale öffentliche Auftragsvergabe»)

8. *Gute und tariflich entlohnte Arbeit zum Maßstab machen*

Anwendung und Überprüfung der Mindestlohnregelungen auf privatwirtschaftliche und sozialwirtschaftliche Betriebe, Bildungs- und Beschäftigungsträger sowie auf Arbeitsmarktprojekte mit Einsatzbereich in Speyer

9. *Kreativität für neue und zusätzliche Arbeit entwickeln*

Ideenwerkstätten und Experimentallabors zu neuen, innovativen Beschäftigungsformen, zur «Zukunft der Arbeit» in Speyer, die nach unkonventionellen Verbindungen und Lösungen suchen, z. B. zwischen Bildungs-, Familien- und Beschäftigungssystem; Einholung fachlicher Expertisen von Betroffenen als ExpertInnen in eigener Sache, von der Universität für Verwaltungswissenschaften und lokalen Profis der Arbeitsmarktpolitik

10. *Verlässlichen Rahmen für die Zukunft der Arbeit in Speyer bieten*

Stufenweise Entwicklung eines **Konzeptes der Stadt Speyer für den lokalen Arbeitsmarkt** – flankierend zur Arbeitsförderung des Bundes und Landes (vgl. die laufende beispielhafte Initiative der Stadt Heidelberg für ein kommunales Beschäftigungsprogramm in offenen Workshops); Eröffnung eines Dialogprozesses mit den maßgeblichen Arbeitsmarktakteuren und den Betroffenen

Mit diesem Maßnahmenbündel eröffnen sich in Speyer aus Sicht des Sozialbündnisses gegen Armut strategische Gestaltungsmöglichkeiten für eine lokal angemessene Arbeitsmarktpolitik.

Dazu braucht es ein integriertes kooperatives Vorgehen und eine Bündelung der Ressourcen. Die Stadt hat mit ihrer Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Arbeitsförderung und Sozialplanung die zentrale Koordinationsrolle. Für diese Querschnittsaufgabe braucht die Stadt eine leistungsfähige Organisationseinheit für die Analyse, Planung, (Misch-)Finanzierung, Steuerung und Wirkungskontrolle einer integrierten Wirtschafts- und Arbeitsförderung, an der alle maßgeblichen Ressorts der Stadtverwaltung beteiligt sein sollen.

Die Stadt kann keine Arbeitsmarktpolitik alleine stemmen – ohne angemessene Förderung durch Bund und Land und nicht ohne Abstimmung mit der Wirtschaft, Arbeitsagentur, Jobcenter, Sozialunternehmen, Beschäftigungs- und Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden sowie Gewerkschaften und Unternehmensnetzwerken vor Ort, aber die Stadt Speyer kann den gestaltenden Beitrag für eine bedarfsgerechte und zukunftsfähige Ausrichtung leisten. Kontraproduktiv ist es, wenn es auf Bundesebene zu einer weiteren Verschlechterung von arbeitsmarktpolitischen und Grundsicherungsleistungen für Arbeitslose kommt.

Das Thema Arbeit ist bestens geeignet für einen Beteiligungsprozess, bei dem frühzeitig und offen über innovative Konzepte und gemeinsame Lösungsstrategien nachgedacht werden kann. Wichtig ist es auf alle Fälle, dass die Betroffenen mit am Tisch sitzen und mitreden können und nicht über ihren Kopf hinweg entschieden wird, was mit ihnen geschieht.

Das Sozialbündnis will mit diesem Positionspapier einen konstruktiven Beitrag zu einem zukunftsfähigen «Arbeiten in Speyer» leisten, schlägt die Einrichtung eines offenen «Netzwerkes Arbeit Speyer» vor und ist bereit, hieran auch aktiv mitzuwirken.

Grundsatzbeschluss des Sozialbündnisses

Speyer, 16. Oktober 2014

Leitung: Axel Elfert, DGB-Stadtverband Speyer, Gutenbergstraße 11, 67346 Speyer, axel.elfert@stadt-speyer.de
Gabi Tabor, Schützenstraße 32, 67346 Speyer, Tel.(0 62 32) 7 45 34, g.tabor@t-online.de

Moderation & Redaktion: Walter Werner, walter.werner@vsop.de